

### **Thema III**

Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, / Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen. / [...] / Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen; / Der Staat muß untergehn, früh oder spät, / Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.

*(Fürst Sapiaha in: Friedrich Schiller: Demetrius, I. Aufzug. Sämtliche Werke in 5 Bänden, hrsg. v. P.- A. Alt. A. Meier, W. Riedel. Dtv, München 2004, Band III, S. 24)*

### **Schiller ein Verbrecher? Ein menschenverachtender Krimineller? Ein Diskriminierender?**

Das Zitat aus dem Drama Demetrius „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, / Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen. / [...] / Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen; / Der Staat muß untergehn, früh oder spät, / Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“, lässt diesen Schluss zu, da es ein vorsätzlichen Verstoß gegen Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes darstellt. Dieser besagt, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in gleicher Wahl bestimmt werden sollen. Doch wäre es nicht sinnvoller wenn eine intellektuelle Elite das Schicksal des Staates lenken würde? Wodurch wird Artikel 38 des Grundgesetzes überhaupt gerechtfertigt?

Der Mensch ist, um es mit Arnold Gehlens Worten zu formulieren ein Mängelwesen, welches unter naturgegebenen Umständen sehr geringe Überlebenschancen hätte. Um jedoch diesen natürlichen Mängeln entgegenzuwirken schafft der Mensch seine eigene Kultursphäre. Er verändert die Natur verändert so, dass es ihm erlaubt ist, sich an ihren Ressourcen zu laben und so zu überleben. In dieser Funktion als „homo faber“ verändert folglich jeder Mensch die Kultursphäre ein wenig, doch auch wenn der Effekt noch so geringfügig wäre, hätte er dennoch eine Auswirkung auf die Gesamtheit der jeweiligen Kultursphäre. Begrenzte man nun die Kultursphäre auf eine bestimmte Fläche, man nenne diese Staat, so gewinnt man die Einsicht das jeder, diesem Staate zugehörige Mensch diesen auch gestaltet.

Jedoch verändern die Menschen in diesem Staat, man nenne sie Bürger, oftmals nicht für ein allgemeinnützendes, sondern vielmehr ein eigennütziges Ziel. Die aus einem egoistischen Schaffensprozess hervorgehende Veränderung bezeichne man als Eigentum. Unter der Annahme, dass der Mensch bei seiner Geburt lediglich seinen Körper und seine Fähigkeiten sein Kleinod nennen kann, folgt daraus, dass unter der Annahme, dass der Bürger frei verfügbare Ressourcen für seine Schöpfung nutzt, dem Menschen jenes Eigentum allein gehört und er allein berechtigt ist über jenes Gut zu bestimmen und zu verfügen.

Somit lässt sich festhalten, dass ein Staat nichts anderes als eine Kultursphäre ist, die sich aus dem Eigentum ihrer Bürger zusammensetzt, über das allein der jeweilige Besitzer verfügen kann. Somit orientiert sich das Interesse des Staates an den Interessen der Bürger, in deren Fokus das Eigentum liegt. Folglich hat ein Bürger auf dieser Grundlage, zumindest ohne Rücksicht auf seinen Verstand, das Recht zu wählen. Inwiefern das Wahlrecht durch die Menge des zum Staate beigetragenen Eigentums beeinflusst werden sollte, möchte ich an dieser Stelle offen lassen.

Als ein Beispiel für dieses Prinzip könnte man börsennotierte Aktienunternehmen nennen, die jährlich Hauptversammlungen einberufen, zu denen alle Investoren eingeladen werden, um über die Geschicke des Unternehmens zu entscheiden. Für dieses Beispiel beschränke man die Kultursphäre auf ein bestimmtes Unternehmen, in das Anleger investiert, also die Kultursphäre durch den Einsatz ihres Eigentums (ihrem Kapital) verändert und einen Teil des Unternehmens und somit auch das Recht über dessen Schicksal zu bestimmen, erworben haben.

Sollte man dieses Recht jedoch in Anbetracht der Tatsache, dass man durch Wertung der Stimmen auf der Grundlage des Verstandes, des jeweiligen Wählers, Resultate erzielen würde, die dem größtmöglichen Glück für die größtmögliche Masse förderlicher wären (Utilitarismus), annullieren? Sollten wirklich nur jene wählen dürfen, die glauben zu wissen? Bekommt da das Zitat von Sokrates: „Ich weiß, dass ich nichts weiß.“, eine geradezu ironische Bedeutung? Welcher Mensch könnte sich anmaßen beurteilen zu können, wer Verstand und wer keinen besitzt?

Fasst man „Verstand haben“ dagegen als höchste Form der Erkenntnis auf, so sieht man sich in einer Tradition mit dem griechischen Philosophen Platon, der das Studium der Erkenntnis als Zugangsvoraussetzung für eine politische Karriere betrachtete. Zwar sind die sogenannten Philosophenherrscher in diesem Fall keine Wähler sondern Herrscher, bestimmen jedoch genau wie die Wähler das politische Schicksal ihres Staates. Die Voraussetzung der als „Ideenschau“ bezeichneten Erkenntnis für eine politische Karriere erscheint logisch, da ein Philosoph den Blick auf das Wesentliche richten würde und sich nicht durch irrationale Beweggründe von der Durchsetzung des Allgemeinwohls abhalten lassen würde.

Auch würde er durch seine Form der Herrschaft, die sich an der Erkenntnis orientieren würde, die Seelenwagen der Bürger, einem Wagenrennen im Circus Maximus gleichend, auf die Bahn der „Ideenschau“ drängen. Durch das Konstrukt der Philosophenherrscher wäre der Staat folglich in der Lage, das Glück für die Allgemeinheit, also die größte Masse, zu maximieren (Utilitarismus), sowie die Weiterbildung der Einwohner zu fördern. Dies beruht jedoch auf der Annahme, dass die Philosophenherrscher sich durch keinerlei irdisches Verlangen beeinflussen ließen und nicht etwa wie der Bischof von Limburg dem Verlangen erliegen würden, eine 15.000 Euro teure Badewanne auf Kosten der Gläubigen zu erstehen.

Der Bischof von Limburg etwa wäre kein akzeptabler Herrscher, da er das Allgemeinwohl aus den Augen verlor und stattdessen sein eigenes Wohl in den Vordergrund stellte.

Doch dieses Prinzip ist keinem Menschen fremd, denn jeder Mensch neidet dem anderen seinen Besitz und würde, wenn nicht durch das Machtmonopol in der Form des Staates weitestgehend verschreckt, sich an diesem bereichern ohne Rücksicht auf den Mitmenschen zu nehmen. Wer kennt nicht die Verlockung, etwas einfach einzustecken?

In seinem Buch „Leviathan“ benennt Hobbes diesen Naturzustand als Kriegszustand und fasst mit den beiden Zitaten „homo homini lupus est“ und „bellum omnia contra omnes“ die Natur des Menschen ohne bestehendes Gewaltmonopol zusammen. Doch verhält es sich so, dass bevorzugt die „schlichteren“ beziehungsweise verstandlosen Gemüter unter den Bürgern dazu neigen in den Naturzustand zurückzufallen. Oder ist etwa einer ihrer Freunde schon einmal auf die Idee gekommen eine Messerstecherei zu initiieren? Sollten wir also tatsächlich diesen Bürgern, die wir auf der Straße abfällig als „Proleten“ oder „Asoziale“ betiteln würde, das Recht zugestehen den politischen Kurs unseres Staates und somit unserer Zukunft zu beeinflussen? Oder sollten wir vielmehr um ihre Sicherheit besorgt die Führung in die Hände der Menschen mit Verstand legen, um die „einfachen“ Menschen voreinander zu schützen?

Ein anderer Ansatz jedoch wäre anzunehmen, dass der Staat allein durch die Aufgabe entstand, die Essenz (Sartre) der Bürger widerzuspiegeln, um den aus vielen einzelnen kleinen Gruppen bestehenden Verbund zu stabilisieren. Dies könnte dadurch geschehen, dass der Staat nun eine besondere Form von Gemeinsamkeiten, man nenne diese hier Kultur, durch das Zusammenfassen und Widerspiegeln aller Essenzen erschafft, um den diversen Gruppen eine friedliche Co-Existenz zu ermöglichen, da ihnen durch das gesellschaftliche Konstrukt des Staates Gemeinsamkeiten vorgetäuscht und somit Konflikte reduzieren würden. Nun verhält es sich mit der Essenz aber so, dass nicht alle Menschen dieselbe Essenz bilden, da sich ein jeder von ihnen anderen Prüfungen und Aufgaben zu stellen hat und diese einem hohen Gebirge gleich erklimmt und vom höchsten schneeumwehten Gipfel in klirrender Kälte den Horizont erblickt, also sein Potential und seine Fähigkeiten erkennt, um so an der Aufgabe zu wachsen und die individuelle Essenz zu bilden. Jedoch sind nicht alle Berge gleich beschaffen und nicht jede dahinterliegende Landschaft gleicht den anderen, folglich bildet also jeder Mensch eine andere Essenz aus. Da es nun für die Aufgabe des Staates gehalten wird, als Spiegel der Essenz aller Bürger zu dienen, impliziert dies, dass ein jeder das gleiche Recht zu wählen haben muss wie jeder andere, denn auch er besitzt Essenz, die der Staat im selben Maße widerspiegeln muss. Sollte dies nicht gewährleistet sein, könnte es zu einer Distanzierung verschiedener Gruppen innerhalb des Staates kommen, da sich jede Gruppe als souverän und den anderen Bevölkerungsgruppen nicht zugehörig fühlen würde.

Somit ist der Staat ein sozialer Kontrollmechanismus, der für Frieden und somit das Überleben der Bürger sorgt. Folglich würde er dem Naturzustand nach Hobbes entgegen wirken.

Als Beispiel für das Scheitern der oben erläuterten These könnte man Ägypten oder auch Libyen anführen, da in diesen Ländern der Staat nur die Essenz einer kleinen Führungselite widerspiegelte und sich das „Proletariat“ so ganz im Sinne von Marx, der dies im „Manifest der Kommunistischen Partei“ festgehalten hat, vereinigte und, wie in Homers „Ilias“, der Göttin Eris auf der Hochzeit des Peleus und Thetis gleich den Stein gewaltsamer Auseinandersetzung ins Rollen brachte.

Der französische Philosoph Montesquieu würde sich für die freie und gleiche Wahl einsetzen, denn die Macht über Viele in die Hände Weniger zu geben wäre für ihn undenkbar, denn laut Montesquieu sollte kein Bürger über so viel Macht verfügen, dass ein anderer Bürger ihn zu fürchten braucht. Zwar würde die Macht in diesem Fall bei einer intellektuellen Elite liegen, doch auch intelligente Menschen können böse sein. Stalin, Goebbels und Hitler sind Paradebeispiele dafür; oder sehen Sie das etwa anders?

Nach genauer Betrachtung beider Positionen scheint es unmöglich einem Bürger das Recht auf eine freie und gleiche Wahl, wie in Artikel 38 des Grundgesetzes festgelegt, zu verweigern. Aber dennoch scheint der ungeheure Vorteil, der mit einer Herrschaft einer intellektuellen Elite einhergehen würde, offensichtlich. Stellen wir uns also die Frage, ob es eine Möglichkeit gäbe beide Positionen in Einklang miteinander zu bringen.

Die freie und gleiche Wahl gilt es zu bewahren. Doch wer zur Wahl steht, das ist eine Frage die berechtigt ist. Eine demokratische legitimierte Herrschaft der Philosophenkönige wäre eine Kombination, die jedem Bürger das Recht zur gleichberechtigten Wahl zugestehen und die Geschicke des Staates in die Hände der Menschen mit Verstand legen, sowie die Essenz eines jeden Menschen widerspiegeln würde.

Ein Konzept, das funktionieren könnte? Sehen wir uns um....